

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 110. Ratssitzung vom 30. September 2020

3025. 2020/343

Dringliches Postulat von Marcel Savarioud (SP), Sofia Karakostas (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 19.08.2020:

Gewährleistung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte von Menschen in der Langzeitpflege, Spitälern und anderen betreuten Institutionen auch in epidemischen Situationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marcel Savarioud (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2771/2020): In der Antwort zu einer schriftlichen Anfrage von Pawel Silberring (SP) und Natascha Wey (SP) von Anfang September schrieb der Stadtrat, dass in den Stadtspitälern, in den städtischen Pflegezentren und Alterszentren seit Wochen keine neuen Ansteckungen mit COVID-19 mehr gemeldet wurden. Trotzdem bleibt die Lage schwierig und es ist mit weiteren Ausbrüchen zu rechnen. Bei weiteren Ausbrüchen werden in den Institutionen wieder Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bewohnerinnen und Bewohner und der Besucherinnen und Besuchern nötig sein, so der Stadtrat. Dass das Szenario einer erneuten Verschärfung nicht ganz ausgeschlossen ist, zeigen die Ausbrüche in vereinzelt Langzeitinstitutionen im Zürcherischen Elgg, im Freiburgischen und vor zwei Tagen im Kanton Neuenburg. Wir alle wissen, dass ein Besuchsverbot einschneidende Auswirkungen auf die Patientinnen und Patienten oder Bewohnerinnen und Bewohner haben. Es geht aber nicht nur um Besuchsverbote. Auch soziale Kontakte ausserhalb der Institutionen, beispielsweise beim Einkaufen oder beim Coiffeur, waren nicht möglich. Zudem fühlten sich viele Seniorinnen und Senioren stigmatisiert, sie wurden teilweise komisch angeschaut oder gemassregelt, wenn sie nach draussen gingen. Spitäler wie auch Langzeitinstitutionen haben Erfahrung mit der Isolation von einzelnen Zimmern, Abteilungen oder gar Häusern, beispielsweise aufgrund von periodischen Ausbrüchen mit Noroviren. Diese dauern jedoch jeweils nicht so lange wie die aktuelle COVID-19-Pandemie, die nochmals eine andere Situation ist. Trotz diesen Erfahrungen waren unsere Institutionen mindestens teilweise relativ schlecht auf die Pandemie vorbereitet, was wahrscheinlich etwas mit der Dauer und der Grössenordnung zu tun hatte. Besonders das Besuchsverbot hat dies gezeigt. Das Postulat möchte, dass geprüft wird, wie die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte von Menschen in betreuten Institutionen unter Beachtung von Schutzkriterien gewährleistet werden können. Der Zugang von Angehörigen soll jederzeit gewährleistet bleiben. Insbesondere ist zu prüfen, wie durch infrastrukturelle, technische und digitale Möglichkeiten der Kontakt zur Aussenwelt erhalten werden kann. Möglichkeiten dazu gibt es viele, zum Beispiel Besuchszelle oder -räume, Videotelefonie oder andere Kommunikationstools. Einzelne Langzeitinstitutionen konnten kurzfristig Zivildienstleistende rekrutieren, die mit einem Tablet*

ausgerüstet wurden und Bewohnende mit Skype oder anderen Tools mit ihren Angehörigen verbinden konnten. Die zumeist hochbetagten Bewohnerinnen zeigten sich durchaus interessiert und fasziniert gegenüber diesen Kommunikationstools. Es gibt aber sicher nicht lediglich eine geeignete Massnahme. Es soll verschiedene Alternativen geben, abhängig von der Art der Institution, der lokalen Gegebenheiten sowie den Bedürfnissen der Bewohnenden. Menschen mit einer Demenz benötigen sicher etwas anderes als palliativ betreute Menschen. Selbstverständlich können und sollen die sodann geschaffenen Alternativen auch für spätere, nicht epidemische Situationen oder während Grippewellen zur Verfügung stehen, sofern sie einen Mehrwert für die Bewohnenden und ihre Angehörigen darstellen.

Walter Anken (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 2. September 2020 gestellten Textänderungsantrag: Das Postulat spricht ein wichtiges Thema an, das sehen wir auch in unserer Fraktion so. Es kennen bestimmt viele alte Menschen, die in dieser Zeit isoliert waren und darunter litten. Was uns an diesem Postulat störte, ist, dass der Zugang zu diesen Alterszentren bzw. den verschiedenen Institutionen jederzeit gewährleistet sein muss. Wir wissen nicht, welche Epidemien oder Pandemien in Zukunft auf uns zukommen werden. Aus diesem Grund wollten wir den jederzeitigen Zugang ändern, damit man je nach Pandemie entsprechend reagieren kann. Es kann durchaus Sinn machen, dass eine solche Institution über eine gewisse Zeit geschlossen wird, weil die Gefahr besteht, dass die alten Menschen angesteckt werden, sie verletzt werden oder allenfalls sogar versterben. Aus diesem Grund schlugen wir die untenstehende Textänderung vor. Zum gestrichenen letzten Teil: Wir befürchten, dass man in den Institutionen prophylaktisch irgendwelche Räume für zukünftige Epidemien oder Pandemien bauen wird. Wir wollen die Situation dann anschauen und Massnahmen ergreifen, wenn sie tatsächlich eintritt.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte von Menschen in der Langzeitpflege, Spitälern und anderen betreuten Institutionen auch in epidemischen oder in ihren Auswirkungen vergleichbaren Situationen soweit wie möglich unter Beachtung der Schutzkriterien gewährleistet werden können. Der Zugang von Angehörigen soll in der Regel jederzeit gewährleistet bleiben, insbesondere ist zu prüfen, wie durch infrastrukturelle, technische und digitale Möglichkeiten der Kontakt zur Aussenwelt erhalten werden kann, z.B. durch Besuchszelle/-räume, Videotelefonie oder andere Kommunikations-
tools.

Weitere Wortmeldungen:

Marcel Bührig (Grüne): Die Grünen unterstützen das Postulat. Es greift ein wichtiges Thema auf. Dafür, dass es so eine neue Situation war, haben es die städtischen Institutionen nicht schlecht gemacht. Wir konnten grosse Infektionswellen in den Alters- und Pflegezentren verhindern. Zwar hatten wir einzelne Zentren mit Hotspots, wir konnten aber Zustände verhindern, wie wir sie in Italien, Spanien oder nun den USA sehen. Nichtsdestotrotz gibt es Verbesserungspotenzial. Es konnten nicht mehr alle Angehörige besucht werden, was wahrscheinlich in der damaligen Situation die einzige Möglichkeit war. Dies kann aber bei einem allfälligen zweiten Lockdown oder einer Verschlimmerung der Corona-Pandemie keine Option mehr sein. Auch die älteren Leute haben ein

Recht auf soziale persönliche Kontakte, sei es von Angehörigen, Bekannten oder Kolleginnen und Kollegen. Wir sagen klar: Technologie kann ein Teil der Lösung sein, aber wir dürfen uns nicht auf sie allein verlassen. Ein Skype-Call kann ein persönliches Gespräch von Angesicht zu Angesicht nicht ersetzen. Als allgemeine Note möchte ich noch anmerken: Das Handeln des Staats und von uns als Gesellschaft in der Coronakrise muss zu jederzeit darauf zielen, dass sich die Bevölkerung, die zur Risikogruppe zählt, frei bewegen kann. Es kann nicht die sein, dass es Menschen gibt, die sagen, man hätte auf den Lockdown und die wirtschaftlichen Massnahmen verzichten sollen und die Risikogruppen hätten dafür einfach daheim bleiben sollen. Es soll allen, ob sie der Risikogruppe angehören oder nicht, jederzeit möglich sein, draussen spazieren oder einkaufen zu gehen, ohne gemassregelt zu werden. Die Freiheitsrechte der Menschen müssen auch in einer Pandemiesituation geschützt werden. Unser Handeln in der Politik muss darauf abzielen, dass wir gewisse Massnahmen – wie beispielsweise eine Maskenpflicht in Läden – verordnen, damit sich alle weiterhin frei bewegen können.

Corina Ursprung (FDP): *Es waren sehr einschränkende Massnahmen, die am Anfang dieser Pandemie ergriffen wurden. Ich hörte von vielen älteren Menschen, dass es für sie wahnsinnig schwierig war, die eigenen Angehörigen nicht mehr treffen zu können. Das Postulat ist auch ein Auftrag an den Stadtrat, sich Gedanken zu machen, wie die Situation beim nächsten Anschwellen verbessert werden kann. Ich gebe Marcel Bührig (Grüne) recht: Ein Videotelefon ist nicht dasselbe wie ein persönliches Treffen. Es ist aber auch so, dass im Falle vermehrter Infektionen nicht ausgeschlossen werden kann, dass ein Altersheim tatsächlich wieder fast abgeriegelt werden muss. Daher erachten wir auch die Textänderung der SVP als sinnvoll mit der Formulierung «in der Regel». Wir werden das Postulat unterstützen in der Hoffnung, dass sich der Stadtrat gut vorbereitet und Massnahmen trifft, die verhältnismässig sind, auch bezüglich des jetzigen Wissensstands.*

Marcel Savarioud (SP): *Das Postulat sagt, dass der Zugang gewährt werden soll unter Einhaltung der Schutzmassnahmen. Insofern ist man sich hier grundsätzlich einig. Ich bin auch mit Marcel Bührig (Grüne) einig, dass der persönliche Kontakt gegenüber anderen Möglichkeiten vorgeht. Trotzdem gibt es wie wir gesehen haben Situationen, in denen dies nicht mehr möglich ist und es Zielkonflikte gibt. Mir ist die Einstimmigkeit des Gemeinderats in dieser Frage wichtig. Der Änderungsantrag der SVP verändert an der Substanz des Postulats eigentlich nichts. Zur Streichung des letzten Teils: Ich finde nicht, dass es keine Besuchszelte bräuchte. Beispiele sind aber immer auch einschränkend, insofern möchte ich den Stadtrat auch nicht beschneiden. Es ist ein Postulat und ich vertraue den Leitungen der Langzeitinstitutionen und Spitäler sowie dem Gesundheits- und Umweltdepartement, dass möglichst schnell gute Lösungen gefunden werden. Deshalb nehme ich den Änderungsantrag der SVP an.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Das Besuchsverbot, das in den Alters- und Pflegezentren sowie im Stadtspital bestand, war tatsächlich eine grosse Belastung für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner, für die Patientinnen und Patienten, aber eben auch für die Angehörigen. Wir mussten diese Massnahme ergreifen, weil einerseits die Anordnung der Gesundheitsdirektion des Kantons (GD) kam. Andererseits wollten wir sie aber als Schutz für die vulnerable Gruppe, die in unseren Alters- und Pflegezentren leben oder sich im Stadtspital befanden. Erfreulich ist, dass wir seit Wochen keine Ansteckungen mehr hatten in unseren Institutionen. Das ist uns wichtig. Wir investieren unsere ganze Energie in dieses Ziel, indem wir mit unseren Mitarbeitenden zusätzliche Aus- und Weiterbildungen gemacht haben im Hygienebereich, aber auch in Bezug auf die Nutzung von Schutzmassnahmen. Unser Ziel ist klar. Wir wollen in erster Linie, wenn immer möglich, kein generelles Besuchsverbot mehr. Ich kann Ihnen jedoch nicht garantieren, dass wir nicht irgendwann punktuell gewissen Schliessungen vornehmen müssen, falls es zu Ansteckungen kommt. Wir konnten viele Erfahrungen sammeln. Einerseits haben wir festgestellt, dass Ansteckungen vorkamen unter Leuten, die keine Symptome zeigten und sich das Virus so rasch in Abteilungen ausbreiten konnte. Falls solche Fälle wieder aufträten, müssten wir wahrscheinlich punktuell wieder mindestens Abteilungen schliessen und Besuchsverbote oder ähnliche Massnahmen verhängen. Wir sind intensiv daran, uns auf eine allfällige intensive zweite Welle vorzubereiten. Wir haben uns bereits vorbereitet, was die Schutzmaterialien betrifft. Nun ist alles zentral gesteuert und läuft entsprechend gut. Der Stadtrat ist bereit, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Es ist ein wichtiges Thema. Es muss diskutiert werden, wo man Einschränkungen vornimmt und wo eben nicht. Wir wollen aber auch auf alle Fälle vermeiden, dass es wieder zu Ausbreitungen innerhalb einer unserer Institutionen kommt und deshalb vielleicht gewisse Massnahmen wieder notwendig sein werden. Wir haben festgestellt, dass man immer von Schliessungen und Besuchsverboten in Alters- und Pflegezentren spricht. Gleichzeitig erhalten aber viele ältere und hochbetagte Menschen, die alleine wohnen, oft auch keinen Besuch mehr erhalten und sie zu Hause wirklich einsam sind. In unseren Institutionen ist immerhin garantiert, dass die Menschen einen geregelten Ablauf haben und man schaut, dass sie unterhalten werden und es ihnen gut geht. Für den Fall einer zweiten Welle müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie wir älteren Leuten, die alleine zu Hause leben und deren Angehörige und Freunde sie nicht mehr besuchen, ebenfalls eine gewisse Unterstützung anbieten können.*

Marcel Savarioud (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat